

# Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köhleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen lohnen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Retammetel 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 84

Donnerstag, den 16. Juli 1931.

44. Jahrgang

## Geldumlauf und Kassenkrise.

Die erfreulicherweise von allen Seiten befolgte Mahnung zur Wahrung von Besonnenheit und Ruhe hat sich bereits in günstigen Sinne ausgewirkt. Eine größere Sicherheit ist festzustellen, und das ist gut so. Denn nur derjenige, der die Nerven behält, vermag kühlen Kopfes auch eine vermerore und schwierige Lage zu meistern. So befinden wir uns in einer recht prekären Situation, sicherlich geht es unserer Wirtschaft außerordentlich schlecht, aber drei Dinge sind es, die Sicherheit gewährleisten: Zunächst einmal ist die Währung fest, dann ist die ungeheure Arbeitsfreude des Volkes ungeschlagen, und vor allem ist die Staatsmacht fest begründet. Diese Voraussetzungen sind es auch, die schließlich dem Auslande das Vertrauen zu Deutschland gaben und wodurch der amerikanische Präsident das Weltferiaria durchsetzen konnte. Uns ins ist es, trotz der augenblicklich kritischen Lage alles daranzusetzen, mit allen Kräften die Erholung des Landes zu beginnen und in ungeschwächter Kraft mit Mut, Sicherheit und Selbstvertrauen durchzuführen.

Was ist in Deutschland gegenwärtig los? Wir haben eine Wirtschaft, die, wenn man die unermittlichen Anstöße, über die beste Anstrahlung der Welt verfügt, und wir

### Eine Tatsache zum Nachdenken!

In diesen Tagen der Krise ist für jeden, der ein Sparkassenkonto oder ein Bankkonto besitzt, nötig zu wissen: Die gesamten deutschen Sparkasseneinlagen betragen ungefähr 12 Milliarden RM, die Einlagen bei den deutschen Banken ungefähr 5 Milliarden RM, zusammen also 17 Milliarden RM. All diese Gelder sollen Zinsen bringen, sie haben deshalb auch zinsbringend angelegt werden müssen, und zwar in Hypotheken und anderen sicheren Anlagen. Wenn jetzt jeder deutsche Einleger sein Guthaben sofort abheben würde, so wäre eine Summe von 17 Milliarden RM an barem Geld erforderlich. Der gesamte deutsche Notenumlauf beträgt aber nur rund 5 Milliarden RM. Diese eine ungeschriebene und ganz klare Tatsache zwingt zum Nachdenken und sollte vor unüberlegten und gefährlichen Eufschwüben bewahren.

müssen heute erkennen, daß wir zu viel für die Ausstattung des Betriebes und zu wenig für den Betrieb selbst übrig gehabt haben. In Deutschland fehlt es mithin nicht an Anlagekapital, wohl aber an Betriebskapital, und dieser Mangel ist seit vielen Monaten die Ursache unserer Schwierigkeiten.

Die Krise, die sich so für jeden im voraus erkennbar entwickelte, ist nun verschärft worden durch eine Kassenkrise, oder — was dasselbe ist — uns fehlen einfach in diesem Augenblick Umlaufsmittel, um gewisse notwendige Zahlungen vorzunehmen. Solche Zahlungen betreffen zunächst einmal den Devisenmarkt, d. h. aus Gründen, die mit der Politik zusammenhängen, ziehen ausländische Gläubiger Gelder ab, die sie kurzfristig in Deutschland angelegt hatten, und es fehlen einfach die technischen Mittel, um diese Bedürfnisse voll zu befriedigen. Oder besser gesagt: die im Inneren des Weltmarktes notwendige Bereitschaft der Reichsbank, diese Devisenansprüche zu befriedigen, hat zu einer Verkümmern der Basis geführt, auf Grund derer die Reichsbank Noten in Umlauf setzen darf. Das Bankgesetz, das die Reichsbank zwingt, eine mindestens 40prozentige Notendeckung aufrechtzuerhalten, ist in internationalen Verträgen verankert und ist ein absolut fester Schutz gegen eine Inflation. Es geht leider in dieser Beziehung die Welt und hindert uns nicht nur, eine Inflation zu machen, sondern es hindert uns auch daran, mit einer gewissen Flexibilität plötzlich auftretenden Kassenbedürfnissen nachzugehen. Diese akuten Kassenbedürfnisse kommen von zwei Seiten, einmal von der schon erwähnten Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln in Deutschland infolge der Abwertung kurzfristiger Kredite, die abgesehen von ihrer Wirkung auf die Notenreserve eben auch eine Beanspruchung von Umlaufsmitteln ist, und zweitens von gewissen Ansprüchen, über deren Größe das Publikum entscheidet. Die Anträge werden sofort mit der Befragte der Zahlungsschwierigkeiten der Darmstädter und Nationalbank entfallen. Die Bank hat ihre Schalter geschlossen, und obwohl das Reich sofort erklärt hat, daß es für alle Verbindlichkeiten der Bank gut ist, ist das deutsche Publikum ängstlich geworden und verlangt von den Banken, den Sparkassen usw. die Zurückzahlung seiner Einlagen.

Diese Rückzahlung aller Bausparanlagen ist nun etwas, was es überhaupt nicht gibt, denn wir haben in Deutschland einen Umlauf von Zahlungsmitteln, der ungefähr 4 Milliarden beträgt, und wir haben allein Sparkasseneinlagen in einer Höhe von 12 Milliarden, diese Gelder, die verzinnt werden, sind zinsbringend angelegt in Hypotheken und ähnlichen absolut sicheren Anlagen. Gewiß könnten die Banken jetzt plötzlich alle diese Anlagen kündigen, aber das würde zu einem Zusammenbruch des ganzen Produktionsapparates führen. Die Wünsche des Publikums würden

dabei doch nicht befriedigt werden können, denn man kann nicht mit 4 Milliarden Umlaufsmitteln beispielsweise 12 Milliarden Sparkasseneinlagen auszahlen, zu denen nun noch die Einlagen bei den Depositenbanken kommen. Dieses Publikum wird darüber enttäuscht sein, daß die Reichsregierung zwei Bankfeiertage vorgeschrieben hat, um die Auszahlungen zunächst einmal unmöglich zu machen. Dieser Schritt war aber notwendig, weil das Publikum schon eine ganze Menge abgezogen hat und weil die Banken am Ende der Woche umfangreichere Geldmittel bereitstellen müssen, um denjenigen Kunden die üblichen Zahlungen zu überweisen, die in ihren Betrieben Einnahmen zahlen müssen. Die Entscheidung, die getroffen werden mußte, war einfach die, entweder man befriedigt die durch die Ängstlichkeit verständliche, aber volkswirtschaftlich nicht berechtigte plötzliche Nachfrage der Bank- und Sparkasseneinlagen und hat am Ende der Woche nicht die Mittel, um Einnahmen zu zahlen oder umgekehrt, man lehnt die Wünsche des Publikums ab und zahlt dafür Einnahmen. Wer die Dinge nur einen Augenblick ruhig überlegt, muß zu dem Schluß kommen, daß die Zahlungen aufrechterhalten werden müssen.

Die volkswirtschaftliche Lehre, die wir aus der gegenwärtigen Situation zu ziehen haben, ist, daß man in Zukunft in Deutschland sehr viel sparsamer werden muß, als wir es bis jetzt waren und daß wir vor allem ein festes Investierens, die zu produktiven Zwecken vorgenommen wird, genau überlegen, ob diese Investierung eine rasche Rückzahlung der investierten Gelder verpricht. Die Ausweitung des Anlagekapitals ist vor allen Dingen deshalb bedenklich geworden, weil es sich zum großen Teil um äußerst langfristige Anlagen handelt, die sich nur langsam zurückzahlen. Dieses Verbot langfristiger Anlagen ist schon uns selbst in einer Zeit, in der wir mit Rücksicht auf die vorausgehende Inflation die Währung und die Möglichkeit, feilen der Zentralnotenbank, den Geldumlauf auszuweiten, in so eiferne Jernketten gelegt worden sind, wie sie tatsächlich bei uns bestehen.

## Notverordnung über Bankfeiertage.

Berlin, 14. Juli

Es beschließt sich, daß für die Banken für Dienstag und Mittwoch Bankfeiertage eingelegt sind. Die Kassen der Banken werden also an diesen Tagen geschlossen bleiben. Die Maßnahme stützt sich auf folgende „Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931.“

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Bankfeiertage zu erklären. Sie bestimmt, für welche öffentlichen und privaten Kreditinstitute und Einrichtungen die Bankfeiertage gelten und welche Rechtsverhältnisse mit ihnen verbunden sind.

Nachfolgende Ausführungsbestimmungen legen Bankfeiertage für Dienstag und Mittwoch fest, und zwar für sämtliche Zahlstellen. Die Börsen werden voraussichtlich bis Sonnabend geschlossen bleiben.

### Durchführungsbestimmungen.

Die Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Bankfeiertage hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Staatsbanken der Länder, die öffentlichen rechtlichen Kreditanstalten, die Sparkassen, die Kommunalbanken, die Genossenschaftsbanken, die Banken und Bankgeschäfte, die Hypothekendarlehen, Landhändler, Stadtbanken und andere öffentliche und private Kreditinstitute und deren Banken bleiben in sämtlichen inländischen Niederlassungen mit ihren Geschäftseinrichtungen, Kassen und Wechselstuben für den Verkehr mit ihrer Kundschaft, ihren Gläubigern und Schuldern am Dienstag, den 14. Juli, und Mittwoch, den 15. Juli 1931, geschlossen.

Die Leistung und Entgegennahme von Zahlungen und Heberwerbungen an das In- oder Ausland, auf welchem Wege auch immer, hind ist zulässig. Dasselbe gilt für den Postverkehr. Der Handel an den Wertpapierbörsen ist unterlag.

Für die Berechnung von Fristen und Terminen für Willenserklärungen und Leistungen, die von einem Institut der in Absatz 1 genannten Art oder ihm gegenüber zu bewirken sind, gelten der 14. und 15. Juli 1931 als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage.

### Bankfeiertage faktisch anerkannt.

Neue Durchführungsverordnung der Reichsregierung. Zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931 hat die Reichsregierung folgende neue Verordnung erlassen:

Die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 festgesetzten Bankfeiertage gelten als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage im Sinne der Wechselordnung und des Scheckgesetzes.

Sind in gerichtlichen, verwaltungsgerichtlichen und verwaltungsbehördlichen Verfahren für die Zahlung von Gebühren, Auslagen oder Verschüssen oder für den Nachweis einer solchen Zahlung Fristen vorgesehen, in deren Ablauf sich Rechtsnachteile knüpfen, und fällt der letzte Tag der Frist auf einen Bankfeiertag, so endet die Frist nicht vor Ablauf einer Woche nach dem letzten Bankfeiertage.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 14. Juli 1931 in Kraft.

## Rediscont verlängert.

Eine amtliche Mitteilung der BIZ.

Berlin, 14. Juli

Entgegen der sonstigen Gewohnheit der BIZ, wo die Ausfertigung des Communiqués nach Schluß der Sitzung noch eine gewisse Wartezeit beantragt, war direkt folgendes Communiqué zur Verteilung bereit:

Der Verwaltungsrat hat von der Darstellung Kenntnis genommen, die der Präsident der Reichsbank, Dr. Lufner, von der Situation in Deutschland und von dem an sich befriedigenden Zustand der deutschen ökonomischen Kräfte und des Reichsbudgets gegeben hat, so daß die ausgedehnte Krise auf die Abzüge der kurzfristigen Kapitalien aus Deutschland zurückzuführen ist.“

In Anbetracht des Umstandes, daß sich die deutsche Regierung an die verschiedenen Regierungen wegen finanzieller Unterstützung in ihren entsprechenden Märkten gewandt hat, erklärt sich der Verwaltungsrat — überzeugt von der Notwendigkeit einer solchen Unterstützung — unter den gegenwärtigen Umständen bereit, an dieser Hilfe mitzuwirken und sie mit allen, den Zentralbanken zur Verfügung stehenden Mitteln zu stärken. In der Zwischenzeit hat der Verwaltungsrat den Präsidenten ermächtigt, in Uebereinstimmung mit den anderen beteiligten Instituten die Beteiligung an dem der Reichsbank kürzlich gewährten Rediscontkredit zu erneuern.“

## Eine Erklärung Dr. Luthers.

Reichspräsident Dr. Lufner gab in tiefer Bewegung am Schluß der Sitzung der BIZ der ihm umringenden Presse zu verstehen, welchen schweren Kampf Deutschland gegenwärtig führt, der nicht durch eigenes Verschulden hervorgerufen ist, sondern durch fremde Eingriffe von außen, indem seit Mai Deutschland in unerhörtem Maße die ausländischen Gelder abgezogen wurden, wodurch dasselbe nottunig immer weniger in der Lage ist, aus dem Auslande Notstoffe zu beziehen und Waren einzutauschen.

Ohne eine gezielte und ruhige Entwidlung in Mitteleuropa sei auch eine ebenso gezielte Weiterentwicklung der übrigen Welt nicht zu denken.

Kurz vor seiner Abreise hatte Dr. Lufner nochmals eine Unterredung mit dem Präsidenten der BIZ, Mac Garrah, die die in der Verwaltungsratsitzung dargelegten Probleme behandelte.

Reichspräsident Dr. Lufner traf aus Basel kommend in einem Sonderflugzeug auf dem Tempelhofer Flughafen ein.

## Vermehrung der Umlaufsmittel?

Kurzzeit steht im Vordergrund der Verhandlungen die Sorge um die Ueberbrückung der Umlaufsmittelnot. Es stehen verschiedene Projekte, wie dieser Not zu begegnen ist, zur Erörterung. Die größte Aussicht auf Durchführung hat zurzeit der Plan, eine gewisse Menge Rentenmarktscheine wieder in den Verkehr zu bringen. Diese müßten natürlich eine besondere Deckung haben und man erwägt, entweder durch eine Verordnung die Rentenbank zu autorisieren, Rentenmarktscheine gegen Verpfändung von lombardfähigen Effekten im Rahmen des Bombards, der an der Reichsbank zulässig ist, in Umlauf zu bringen, oder auch zu diesem Zweck eine besondere Bank (Lombard-Bank) ins Leben zu rufen.

Der Gefahr einer inflationistischen Wirkung dieser Umlaufsmittelvermehrung will man dadurch begegnen, daß die Höhe des zulässigen Umlaufs von vornherein gesetzlich beschränkt bleibt. Man spricht von 600 bis 900 Millionen. Durch Veroppelung der Rentenmark mit der Reichsmark, die man glaubt, ohne Verringerung des Bankgesetzes auf dem Verordnungswege schaffen zu können, soll ein Disagio der Rentenmarktscheine vermieden werden.

Andere Projekte gehen dahin, die Umlaufsmittel durch Kassenmarktscheine zu erhöhen oder durch Rentenmarktscheine auszugeben, die von vornherein durch Aktienpung eine begrenzte Umlaufzeit haben. Diese letzteren Pläne haben aber, wie bereits angedeutet, gegenüber den ersten geringere Aussichten auf Durchführung.

## Kellienrat des Reichstags einberufen.

Präsident Eöbe hat den Kellienrat des Reichstags auf Freitag, den 17. Juli, 11 Uhr vormittags einberufen. Es soll dann über die Anträge der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten auf Reichstagsübernahme entschieden werden.

## Was das Ausland sagt.

Die deutschen Banken in Danzig geschlossen.

In einer Sitzung der Bankiers in den Räumen der Bank von Danzig ist der Beschluß gefaßt worden, für einige Tage sämtliche deutschen Banken in Danzig zu schließen, ähnlich wie im Reich. Auf Grund eines Beschlusses der Vereinigungen Danziger Banken und Bankiers werden vorläufig die Auszahlungen je nach der Höhe der Guthaben auf 10 bzw. 20 % eingeschränkt.

Polen zeigt Hohn und Schadenfreude.

Daß für die augenblickliche Lage Deutschlands in der polnischen Presse nicht nur keinerlei Verständnis besteht,







Nahme unter einer Bank herausschick. Ein 17jähriges Mädchen erlitt Brandwunden an den Beinen, eine ältere Frau hatte einen Herzanfall. Der Wagen wurde sofort aus dem Verkehr gezogen.

**Der Tod in der Garage.** Der Kraftwagenbesitzer Heinrich Rahl in Berlin verunglückte tödlich, als er in der Garage seinen Wagen abhimmeln wollte. Zu diesem Zweck stellte er das Auto auf Klöße. Allen Ansehn nach ist der Wagen dann abgerückt und erdrückte den auf dem Boden liegenden Rahl. Auf dem Wege zum Krankenhaus erlag Rahl seinen schweren Verletzungen.

**Verkehrsreicher Anschlag auf den Berliner D-Zug bei Kottbus.** Auf den 0,28 Uhr in Kottbus abgehenden Berliner D-Zug wurde am Eingang zur Brücke bei Kottbus ein Attentat verübt. Eisenstücke, Schienenstümpfen und Balken, die zu Erneuerungsarbeiten der Gleise dienen sollten, waren barrikadenmäßig auf dem Gleis aufgestellt. Ein zufällig über die Brücke kommender Mann lag den Aufschlag auf den Schienen, lief sofort dem herannahenden D-Zug entgegen und brachte ihn durch Winken mit seiner Taschenlampe kurz vor der Barrikade zum Halten. Die Untersuchungen der Kriminalpolizei sind bisher ergebnislos geblieben.

**Zwei Tote bei einem Motorradunfall.** Auf dem Buschmühlweg in Frankfurt a. M. stießen zwei Motorräderfahrer mit einem Auto zusammen. Der Motorradfahrer Riese wurde schwer verletzt und starb nach seiner Aufnahme ins Krankenhaus. Der Mitfahrer war auf der Stelle tot.

**Unterhaltungen an der Münchener Universität.** Seit einigen Tagen werden Gerichts- und Unterhaltungen an der Münchener Universität vorbereitet. Hierzu leitete man das Rektorat folgendes mit: Der Verdacht eines Fehlverhaltens bestand seit Ende vorigen Jahres. Es handelt sich um die Fakultäts- und Prüfungsvorbereitung. Der Fakultäts- und Prüfungsvorbereiter unterstand den Dekanen und dem Prüfungsausschuss. Der Fehlverhalt beläuft sich auf ein etwas über 100 000 Mark, die sich zu annähernd gleichen Teilen auf die beiden Fakultäten verteilen. Seit einigen Wochen ist, nachdem die Prüfung der Bücher durchgeführt worden ist, gegen den Beamten eine gerichtliche Voruntersuchung im Gange.

**Die Personen durch Gas vergiftet.** Auf den Mannesmann-Werken wurden in Südingen a. d. Duisburger ereignete sich in der Abteilung Bodenwerk ein schweres Unglück. Beim Abstellen eines Ventils brachen plötzlich starke Gasströme aus. Drei in der Nähe stehende Personen wurden von ihnen überrollt und getötet. Ein sofort herbeigekommener Feuerwehmann wurde ebenfalls durch die Gasströme verletzt. Es gelang nach vieler Mühe, drei der Vergifteten wieder zur Bewusstseins zu bringen, während man bei einem Arbeiter nur den Tod feststellen konnte.

**Durch schlüßiges Altpapier verletzt.** Ein Gattag (Rumänien) kam bei Straßenarbeiten eine Frau der schlüßigen Altpapiermasse zu nahe, wobei ihre Kleider in Brand gerieten. Zwei Wollstrümpfe wurden beim Verbleib, die Beinverletzungen zu sehen, schwer verletzt. Alle drei wurden mit gefährlichen Brandwunden ins Krankenhaus gebracht.

**Schlechte Verkehrsunfälle in Frankreich.** Seit Sonntag ist die französische Verkehrsverhältnisse besonders hoch. In dieser Woche sind in Paris und der Provinz nicht weniger als 23 Personen bei Verkehrsunfällen, namentlich Automobilunfällen, ums Leben gekommen und 66 verletzt worden.

**Schlechtes Erdbeben in Griechenland.** Ein kurzes aber heftiges Erdbeben wird aus Lemnos (Griechenland) gemeldet. Ein leichteres Beben, wahrscheinlich ein Ausläufer des ersten, war in Athen zu verspüren. Meldungen über Sachschäden oder Verluste an Menschenleben liegen bisher nicht vor.

**Magyar und Enders in Harbour Grace getötet.** Die zu einem Transzentriff mit dem Flugzeug „Justice of Hungary“ in Newport gestarteten flieger Magyar und Enders sind in Harbour Grace getötet.

**Große Ueberflutung in Russland.** Durch die anhaltenden Regengüsse wurden in Russland eine Anzahl Gruben und Kraftwerke im Donezgebiet überflutet.

**Sprenghoffnungung in Granada.** In zwei Klöstern in Granada wurden Sprenghoffnungen zur Explosion gebracht. Im Kloster San Justo wurden sich zwischen Soldaten und zum Generalstabschef aufstrebenden Elementen ein Kampf, in dessen Verlauf einer der Unruhestifter getötet wurde. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die kirchlichen und öffentlichen Gebäude wurden von Truppen besetzt.

**18 Soldaten unter einem Kraftwagen begraben.** In Spanish-Maroto stürzte in der Nähe von Villa Sanjurjo ein Militärkraftwagen mit 18 Soldaten in voller Fahrt um und begrub alle Insassen unter sich. Ein Soldat ist tot, drei wurden in hoffnungslosem Zustande aus den Trümmern herorgezogen. Die 14 anderen erlitten so schwere Verletzungen, daß ihre Ueberführung in ein Militärkrankenhaus notwendig wurde.

**Wieder eine deutsche Segelgalt gefenker.** Der Kapitän des finnischen Dampfers „Aeres“ leitete mit, daß er an der Südküste Schwedens in der Nähe von Nydöd die deutsche Segelgalt „Abautermann“ ohne Benennung treibend machte. In der Nacht wurden deutsche Wäffe gefunden. Man vermutet, daß die vierstöpfige Besatzung den Tod gefunden hat.

**Eingeborene überfallen amerikanischen Offiziersklub.** Bei einer großen Kundgebung für die Selbständigkeit der Philippinen, die in Manila stattfand, drangen 200 Eingeborene in die Klubs des amerikanischen Offiziers und deren Frauen mit Flinten und bewachten Offiziere und deren Frauen mit Steinen. Zwei amerikanische Offiziere wurden getötet. Es mußte Polizei aufgebaut werden, um die Eindringlinge zu vertreiben. In den Straßen-Demonstrationen nahm ein sehr großer Teil der Bevölkerung teil.

**Karlshoff abgefaßt.** Der zweite Tag der Internationalen Rennwoche verfloß.

Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage hat der Verein für hindernissen die Karlsdorfer Donnerstag-Rennen abgefaßt. Es handelt sich dabei um den zweiten Tag der Internationalen Rennwoche, an dem u. a. das Berliner Internationaler Jagdbrennen (30 000 Mark) gewonnen werden sollte, für das drei französische Teilnehmer bereits in Karlsdorf eingetroffen sind. Man hofft, den Rennstag am Dienstag der kommenden Woche nachholen zu können.

## Flugzeugunglück bei Moskau.

Moskau, 14. Juli. 43 Kilometer von Moskau entfernt, ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Ein schweres Bombenflugzeug stürzte bei Übungen über dem Bahnhof Albino ab. Der fliegender Chef des Militärflugwesens der Roten Armee, Flaw, ein Mitglied des russischen Generalstabes, Kolowratow, der persönliche Mitarbeiter des Kriegsministeriums, zwei Flieger, zwei Medaillen und ein Beobachter überlebten. Ueber die Ursache des Unglücks wird in dem amtlichen Kommuniqué nichts mitgeteilt.

## Schulaufbau und Berufsauflese

Die Gefahren der Ueberfüllung der höheren Schulen und Unterstätten sind bekannt; die Auswüchse des Berufsaufbaus und die Aufgabe einer finanziellen Ueberlastung der Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens. Die Gründe für die schuleitige Fehlleistung liegen einmal in der Ueberlastung der Schulämter, die in ihrem Wert für die Praxis, zum anderen in dem Bestreben, der Wirtschaft angepaßt und ständig öffentlichen Leistungen zu entsprechen. Das Uebermaß überwertiger Kräfte bewirkt wiederum eine Ueberlastung der Vorbildungsanstalten bei den freien oder behördlichen Arbeitgebern. Dieser ungesunden Entwicklung wird an erster Stelle durch eine Verbesserung des Ausleseverfahrens abgeholfen sein. Soll aber unter Schulaufbau mehr als bisher den Bedürfnissen der Wirtschaft angepaßt und ständig öffentlichen Leistungen zu entsprechen, so bedarf es darüber hinaus positiver Maßnahmen zugunsten solcher Begabungen, die sich vorzugsweise für praktische Lebensberufe eignen.

In den Aufbaufahren der Volksschulen, den preussischen Mittelschulen und den ihnen entsprechenden mittleren Schulformen sowie in den Fachschulen werden Schüler und Schichtungen herangezogen, die aber wegen mangelhafter Ausbildung in vieler Hinsicht den Anforderungen des praktischen Berufslebens besser gerecht werden, als vorgezogen entlassene Schüler der auf die Hochschulreife hinarbeitenden höheren Lehranstalten. Tatsache ist aber, daß diese Schülerarten bisher eine völlig unzulängliche Berücksichtigung in dem System des Berufsaufbaus gefunden haben. Die Ueberlastung der Wirtschaft durch die Ueberfüllung des Berufsaufbaus sowie eine Beteiligung seiner ungesunden Auswüchse herbeizuführen, ist das Ziel der Vereinbarungen der Unterrichtsverwaltungen der Länder über die mittlere Reife.

Den Anstaltsgewerben und der Wirtschaft ist damit ein Mittel gegeben, die bisherige Schulorganisatorik und berufspolitisch unzureichende Vielfalt der Vorbildungsanforderungen durch die einheitliche mittlere Reife zu ersetzen und auf diese Weise in größerem Umfang als bisher Berufsämtern zu gewinnen, die für die zur Zeit im Vordergrund stehenden Bedürfnisse der Wirtschaft zweckmäßiger ausgebildet sind.

Nach der Vereinbarung der Länder untereinander ist das Zeugnis der mittleren Reife der Nachweis des Grades allgemeiner Bildung und geistiger Reife, der für den Eintritt in Berufe oder Gewerbe der mittleren Stufe des Berufsaufbaus notwendig ist. Für den Erwerb der mittleren Reife ist grundsätzlich ein mindestens zehnjähriger Gesamtschulbesuch mit Vollunterricht erforderlich, der in dem erstgenannten Mindestmaß der Anerkennung preussischer Mittelschulen entsprechende Allgemeinbildung vorzuziehen; an Stelle der Fremdsprache kann in Fachkursen eine vertiefte Fremdsprache in Anspruch genommen werden. Der ersten Reife wird ein allgemein bildendes öffentliches Lehranstalt verliehen: 1. Nach erfolgreichem Besuch einer auf der Grundschule aufgebauten sechsstufigen höheren Lehranstalt oder der ersten 3 Klassen einer höheren Lehranstalt in Aufbauform. 2. In Aufbauformen, die schon nach dem sechsten Schuljahr von der Berufsschule abgewichen, kann das Zeugnis der mittleren Reife erst nach erfolgreichem Besuch der ersten vier Klassen ausgestellt werden. 3. Nach erfolgreichem Besuch einer sechsstufigen Mittelschule. 4. Nach erfolgreichem Besuch einer gebildeten Volksschule mit mindestens zehnjährigem Lehrgang.

Das Zeugnis der mittleren Reife wird innerhalb des öffentlichen Schulwesens verliehen: 1. Nach erfolgreichem Besuch einer Fachschule mit mindestens dreijährigem Lehrgang, die nach den Bestimmungen der Volksschule auf die Volksschule aufbaut. 2. Nach erfolgreichem Besuch einer Fachschule mit mindestens zweijährigem Lehrgang, die nach Erreichung des Volksschulzeugs eine mindestens zweijährige praktische Betätigung im Berufsbereich voraussetzt.

## Reichtum bringt Sorgen.

Die Armen und Mittellosen hatten stets ein sorgenvolles Dasein. Die wenigen Reichen, die ihnen für des Lebens Notdurft und Nahrung zur Verfügung stehen, reichen niemals hin und her, und in der Zeit dieser wirtschaftlichen Schwere wirt sich die Armut besonders aus, eben weil sie nicht die weitaus größeren Schichten der Bevölkerung erfasst. Aber doch etwas anderes ist jetzt hinzugekommen. Auch die Reichen haben ihre Sorgen, sie leben in einer ungesunden Ungewissheit, was der nächste Tag bringt. Der Reichtum bringt Sorgen, weil man nicht weiß, ob er sich nicht morgen schon in Armut vermandelt hat. Da hat vielleicht jemand richtig Geld und Güter aufgehäuft, die ihn für spätere Zeiten sicherstellen lassen, und nun mit einer Male deuten bedächtige Vorwarnung in unserem deutschen Wirtschaftsleben darauf hin, daß selbst der Reichtum vor einem Wandel der Verhältnisse nicht schützt. Jedem jemand die Rechnung mit seinen Effekten, da kann er sich morgen schon verrechnet haben, hat ein anderer ein ganz ähnliches Schicksal erlitten. Die Güter aufgehäuft, morgen schon kann ihm dessen Auszahlung vorenthalten werden. Aber sieht man von diesen vorübergehenden Wirtschaftsdpressionen ganz ab, auch in früheren Zeiten hat Reichtum schon Sorgen gemacht. Die feste Angst, daß all der Reichtum in einer einzigen Nacht gelobten werden könnte ließ man einem feinen Schlaf finden. Und der Gehalt, den in früheren Zeiten ein Gold in einer Taube noch vermagte hielt, er fürchte darum, um er heute behändig Angst, daß es bereinst doch nicht reichen könnte, und es hamptierte und geizte weiter. Und die anderen wieder, die unter ihrem Reichtum fast zu erstickten drohten, sie zerbrachen sich den Kopf, wie sie das Geld am besten und gewinnbringendsten anlegen könnten. Mit dem Reichtum verband sich das Verlangen nach der Machtstellung und die Sehnsucht nach Macht und Ansehen brachte den Besessenen keine Ruhe. Manah einer, der auf der Höhe ein paar Prozent seines ungeheuren Vermögens einbüßte, war weniger darum sorgenvoll, als daß damit ein paar Prozente seiner Machtstellung verlöre. Und da fällt einem das alte Sprichwort ein: „Geld allein macht nicht glücklich!“ Der

Volksmund hat dieses Sprichwort ergänzt mit den Worten: „Man muß es auch belihen!“ — Aber selbst dann bringt es Sorgen, weil niemand genug bekommt, weil jeder zur höheren Machtstellung emporstrebend mit mehr oder weniger Erfolg ihm das sorgsam Erworbene oder Zukunftsverhoffte plötzlich verlöre. 3.

## Die Landreise bei Georing

Konkolidierung statt Umwälzung. — Auswirkung der Hoover-Allion. Der preussische Minister des Innern Georing empfing heute unter Führung des Präsidenten Dr. von Stempel eine Delegation des Landkreises. Die Landkreisterritorien wiesen darauf hin, daß die Ueberordnung vom 5. Juni 1931 die durch die Wohlfahrtsverbandslisten herorgeführte Ueberordnung der Landkreise in seiner Hinsicht beibehalten habe. Die den Wohlfahrtsverbandslisten benutzt wurden. Die Aufstellung und Staatsmittel blieben in einer großen Anzahl von Landgemeinden hinter einem Zehntel der Wohlfahrtsverbandslisten zurück. In vielen Fällen überreifen die Generallisten, die in vielen Fällen die Ueberordnung des Landkreises, wodurch die ganze Wohlfahrtsaktion wirkungslos wird. Es muß daher eine weitergehende finanzielle Maßnahme von Reich und Staat und eine besondere Berücksichtigung der hoch bedürftigen Landkreise gefordert werden. Die vorwiegend in Mitteldeutschland eines Landkreises im Jahre 1931 in Zukunft hinsichtlich der Staatsbeihilfe wie die Großstädte zu behandeln.

Von der Hoover-Allion erwarten auch die Landkreise eine Gleichrichtung und fordern, daß die dadurch freierwerbenden Mittel auch zur Entlastung der Kommunal-Kassen von den Wohlfahrtsverbandslisten benutzt werden. Die Angelegenheit ist in Interesse der Konkolidierung der Kommunalfinanzien bringender als eine allgemeine Umwälzung. Der Minister sagte wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung der Wünsche der Landkreise im Rahmen des Möglichen zu.

## Die Rechtslage in der Kriegerentwerfung.

Gegenüber den vielfach noch immer vorherrschenden Zweifeln, inwiefern Kriegerentwerfung noch Verfolgungsmaßnahme sein könnte, stellt der Präsident des Reichsverbandes Deutscher Kriegerangehöriger und Kriegerhinterbliebenen e. V. Dr. C. H. Berlin, Charlottenr. 85, fest, daß zufolge der Ueberordnung vom 5. Juni d. J. 38. feinerer Möglichkeiten hierzu offen gelassen sind, auch dann nicht, wenn die Ansprüche freilich am 30. April 1930 angefallen waren. In der an die Regierung und Reichstag gerichteten Denkschrift des Reichsverbandes wird u. a. auch die Beteiligung dieser Härten gefordert. Die gegenwärtige Rechtslage in der Kriegerentwerfung ist folgende:

Alle Kriegerentwerfung, die zur Zeit eine Elternrente oder eine Altersbeihilfe beziehen, bleiben im Genuß ihrer Verträge, soweit nicht später die Bedürftigkeit wegfällt. Alle früheren Empfänger von Elternrente oder Altersbeihilfe, denen diese Bezüge wegen Bedürftigkeit entzogen sind, können im Falle des Wiedereintritts der Bedürftigkeit den alten Anspruch wiedererlangen. Alle Kriegerentwerfung, die zwar früher schon einen Antrag gestellt haben, denen aber keine Beihilfe bewilligt werden konnte, weil die Bedürftigkeit nicht vorlag, sowie alle Eltern, die noch niemals einen Antrag gestellt haben, können vorläufig ihren Antrag mehr stellen. Die später an den Folgen ihres Krieges sterben, können, wenn der Sohn ihr Ernährer war, jeberzeit innerhalb einer dreijährigen Frist nach dem Tode den Elternrentenantrag stellen.

Von allem Schrot und Korn. Wie oft begegnet man im Nachhinein dem Ausdruck: „Der Heimgangene war eine von allem Schrot und Korn“. Niemand überlegt sich, wie viele die nachgelassenen Hinterlassenen sind. Sie ist einfach in den Sprachgebrauch übergegangen und jeder überträgt ihre Bedeutung. Wenn man aber ihrem Ursprung nachspürt, so wird man die merkwürdige Entstehung machen, daß in diesem Falle „Schrot und Korn“ wörtlich nichts mit der Größe des Vermögens zu tun hat. Die Größe hängt vielmehr mit dem früher bezeichnete man das Gesamtvermögen einer Geldmasse mit „Schrot“ und ihren Edelmetallbestand mit „Korn“. Im 15. und 16. Jahrhundert war der Feingehalt der Münzen oft sehr schwankend, unterworfen war die Münzen in der Regel von geringerem Metallwert. Wollte man deshalb auf die gute Qualität früherer Münzen hinweisen, so sprach man anerkennend „von allem Schrot und Korn“. Diese Redensart hat sich als allgemeines gültiges Werturteil in unserem Sprachgebrauch erhalten.

## Spiel und Sport

### Verbandsstag des BMBV. in Weiskensels.

Handball: Polizei Berlin gegen Polizei Weiskensels. Fußball: DSC. gegen HSV.

Am 15. und 16. August findet der Verbandstag des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine in Weiskensels statt. In einer am vergangenen Mittwoch in Weiskensels stattgegangenen Sitzung eines vorbereitenden Ausschusses, in dem auch der bekannte Vorstand des Saale-Eiter-Gaus, der mit der Durchführung des Verbandstages beauftragt ist, sowie der Verbandsvorstände Hilde- und Weiskensels, wurde das vorläufige Programm des Verbandstages aufgestellt und durchbesprochen.

Der Verbandstag beginnt am Samstag, den 15. August, nachmittags 2 Uhr. Die Verhandlungen werden dann um 6 Uhr unterbrochen und erst am 9 Uhr wieder fortgesetzt. Am 16. Uhr findet im Weiskenseler Stadion ein Handball-Großkampf statt. Der mitteldeutsche Meister, Polizei Weiskensels, trifft hier voraussichtlich auf den Deutschen Handballmeister, Polizei-Sportverein Berlin. Die Verhandlungen mit Berlin finden unmittelbar vor dem Abschluß, die beiden nur noch der Genehmigung des Brandenburger Verbandes.

Nachdem der Mitteldeutsche Meister im Endspiel um die Preussische Polizei-Meisterschaft gegen Berlin auf fremdem Boden nur mit 6:7 verlor, darf man auf das Abschneiden auf heimischem Boden mit Recht gespannt sein. Am Sonntagmorgen findet in den „Eckhäusern“ eine Festung statt und anschließend ein umfangreiches Beisammeln mit Konzert in „Schumanns Garten“. Am Nachmittag findet nach einem Auswärtigen ein Fußball-Großkampf zwischen dem Mitteldeutschen Meister, Predder Sportklub, und dem ebenfalls norddeutschen Meister, Hamburger SV, statt. Beide Mannschaften sind mit ihrer stärksten Mannschaft bereits fest verpflichtet. Da sich die beiden Meister seit mehreren Jahren zum ersten Male wieder gegenüberstehen, ist die ganze Fußballwelt dem Deutschland auf das höchste gespannt. Die beiden Mannschaften werden voraussichtlich zwei 4x100 Meter-Staffeln für Herren und Jugend aufstellen. Nachdem das Weiskenseler Stadion bereits Handball-Großkämpfe gesehen hat, wird es diesem auch ersten Male aus der Handball-Welt der Weiskenseler Meister erleben. Allen Sportanhängern seien jedenfalls Großereignisse im Sport bevor, wie sie Weiskensels noch nicht erlebt hat und wahrscheinlich so bald auch nicht wieder erleben wird.

Zu der Tagung werden etwa 300-400 Delegierte in Weiskensels erscheinen. Der Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine umfaßt alle Fußball, Handball und Leichtathletik treibende Vereine aus Provinz und Freistaat Sachsen, Thüringen, Westphalen und Anhalt. Der Verbandsvorstand Mitteldeutscher umfaßt über 1000 Vereine mit mehr als 130 000 Mitgliedern.







# Nebröer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Kobleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kobleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Kobleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Atern.

Nr 84

Donnerstag, den 16. Juli 1931.

44. Jahrgang

## Geldumlauf und Kassenkrise.

Die erfreulicherweise von allen Seiten befolgte Mahnung zur Wahrung von Besonnenheit und Ruhe hat sich bereits in günstigen Sinne ausgewirkt. Eine größere Sicherheit ist festzustellen, und das ist gut so. Denn nur derjenige, der die Nerven behält, vermag kühlen Kopfes auch eine vernorrne und schwierige Lage zu meistern. So muß befinden wir uns in einer recht prekären Situation, sicherlich geht es unserer Wirtschaft außerordentlich schlecht, aber drei Dinge sind es, die Sicherheit gewährleisten: Zunächst einmal ist die Währung fest, dann ist die ungeheure Arbeitsfreude des Volkes ungeschwächt, und vor allem ist die Staatsmacht fest begründet. Diese Voraussetzungen sind es auch, die schließlich dem Auslande das Vertrauen zu Deutschland geben und wodurch der amerikanische Präsident das Weltfeiern durchziehen konnte. In uns ist es, trotz der augenblicklich kritischen Lage alles daran zu setzen, mit allen Kräften die Erholung des Landes zu beginnen und in ungehörter Kraft mit Mut, Sicherheit und Selbstvertrauen durchzuführen.

Was ist in Deutschland gegenwärtig los? Wir haben eine Währungs-, die, wenn man von der amerikanischen ab sieht, über die beste Ausrüstung der Welt verfügt, und wir

## Eine Tatsache zum Nachdenken!

In diesen Tagen der Krise ist für jeden, der ein Sparkassenbuch oder ein Bankkonto besitzt, nötig zu wissen: Die gesamten deutschen Sparkassen betragen ungefähr 12 Milliarden RM, die Einlagen bei den deutschen Banken ungefähr 5 Milliarden RM, zusammen also 17 Milliarden RM. All diese Gelder sollen Zinsen bringen, sie haben deshalb auch zinsbringend angelegt werden müssen, und zwar in Hypotheken und anderen sicheren Anlagen. Wenn jetzt jeder deutsche Einleger sein Guthaben sofort abheben würde, so wäre eine Summe von 17 Milliarden RM an barem Geld erforderlich. Der gesamte deutsche Notenmarkt beträgt aber nur rund 5 Milliarden RM. Diese eine unbestreitbare und ganz klare Tatsache zwingt zum Nachdenken und sollte vor unüberlegten und gefährlichen Entschlüssen warnen.

müssen heute erkennen, daß wir zu viel für die Ausrustung des Betriebes und zu wenig für den Betrieb selbst übrig gehabt haben. In Deutschland fehlt es mithin nicht an Anlagekapital, wohl aber an Betriebskapital, und dieser Mangel ist seit vielen Monaten die Ursache unserer Schwierigkeiten.

Die Krise, die sich so für jeden im voraus erkennen entwickelt, ist nun verhängt worden durch eine Kassenkrise, oder — was dasselbe ist — uns fehlen einfach in dieser Augenblick Umlaufmittel, um gewisse notwendige Zahlungen vorzunehmen. Solche Zahlungen werden zunächst zum Banknotenmarkt, d. h. aus Gründen, die mit der Politik zusammenhängen, ziehen ausländische Gläubiger Gelder ab, die sie kurzfristig in Deutschland angelegt hatten, und es fehlen einfach die technischen Mittel, um diese Bedürfnisse voll zu befriedigen. Oder besser gesagt: die im Interesse unserer Umlaufmittel notwendige Bereittheit der Reichsbank, diese Deckungsanfrage zu befriedigen, hat sich einer Verteuerung der Basis geführt, auf Grund derer die Reichsbank Noten in Umlauf setzen darf. Das Bankge-  
samt, was die Reichsbank umsetzt, eine ungeschätzte 40 Prozentige



ist nun etwas haben in Deutsch- der ungeschätz- in Sparkassenein- diese Gelder, die in Hypotheken weiß könnten die indigen, aber das den Produktions- stums würden

dabei doch nicht befriedigt werden können, denn man kann nicht mit 4 Milliarden Umlaufmitteln beispielsweise 12 Milliarden Sparkasseneinlagen auszahlen, zu denen nun noch die Einlagen bei den Depositenbanken kommen. Unser Publikum wird darüber enttäuscht sein, daß die Reichsregierung zwei Bankfeiertage vorgeschrieben hat, um die Auszahlungen zunächst einmal unmöglich zu machen. Dieser Schritt war aber notwendig, weil das Publikum schon eine ganze Menge abgezogen hat und weil die Banken am Ende der Woche umfangreichere Geldmittel bereitstellen müssen, um denjenigen Kunden die üblichen Zahlungen zu überweisen, die in ihren Betrieben Kasse zahlen müssen. Die Entscheidung, die getroffen werden mußte, war einfach, die entweder man befriedigt die durch die Vermögenslosigkeit verursachte, aber volkswirtschaftlich nicht berechtigte physische Nachfrage der Bank- und Sparkasseneinlagen und am Ende der Woche nicht die Mittel, um Kasse zu zahlen oder umgekehrt, man lehnt die Wünsche des Publikums ab und zahlt dafür Kasse. Wer die Dinge nur einen Augenblick ruhig überlegt, muß zu dem Schluß kommen, daß die Zahlungen aufrechterhalten werden müssen.

Die volkswirtschaftliche Lehre, die wir aus der gegenwärtigen Situation zu ziehen haben, ist, daß man in Zukunft in Deutschland sehr viel sparsamer werden muß, als wir es bis jetzt waren und daß wir vor allem uns bei jeder Investition, die zu produktiven Zwecken vorgenommen wird, genau überlegen, ob diese Investition eine rasche Rückzahlung der investierten Gelder verpricht. Die Ausweitung des Anlagekapitals ist vor allen Dingen deshalb bedenklich geworden, weil es sich zum großen Teil um äußerst langfristige Anlagen handelt, die sich nur langsam zurückzahlen. Dieses Uebermaß langfristiger Anlagen bekommt uns schlecht in einer Zeit, in der mit Rücksicht auf die vorangegangene Inflation die Währung und die Möglichkeit der Zentralnotenbank, den Geldumlauf auszuweiten, in so eiserne Fesseln gelegt worden sind, wie sie tatsächlich bei uns bestehen.

## Notverordnung über Bankfeiertage.

Berlin, 14. Juli

Es befiehlt sich, daß für die Banken für Dienstag und Mittwoch Bankfeiertage eingeleitet sind. Die Kassen der Banken werden also an diesen Tagen geschlossen bleiben. Die Maßnahme stützt sich auf folgende „Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931.

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung ist ermächtigt, Bankfeiertage zu erklären. Sie bestimmen, für welche öffentlichen und privaten Kreditinstitute und Einrichtungen die Bankfeiertage gelten und welche Rechtswirkungen mit ihnen verbunden sind.

Nachfolgende Ausführungsbestimmungen legen Bankfeiertage für Dienstag und Mittwoch fest, und zwar für sämtliche Zahlstellen. Die Börsen werden voraussichtlich bis Sonnabend geschlossen bleiben.

## Durchführungsbestimmungen.

Die Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Bankfeiertage hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Staatsbanken der Länder, die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, die Sparkassen, die Kommunalbanken, die Genossenschaftsbanken, die Banken und Bankgeschäfte, die Hypothekendarlehen, Landhypothen, Stadtschulden und andere öffentliche und private Realkreditinstitute an deren Banken bleiben in sämtlichen inländischen Niederlassungen mit ihren Geschäftseinrichtungen, Kassen und Wechselstuben für den Verkehr mit ihrer Kundschaft, ihren Gläubigern und Schuldern am Dienstag, den 14. Juli, und Mittwoch, den 15. Juli 1931, geschlossen.

Die Leistung und Entgegennahme von Zahlungen und Heberwerbungen an das In- oder Ausland, auf welchem Wege auch immer, sind nicht zulässig. Dasselbe gilt für den Postgeldverkehr. Der Handel an den Wertpapierbörsen ist untersagt.

Für die Berechnung von Fristen und Terminen für Willenserklärungen und Leistungen, die von einem Institut der in Absatz 1 genannten Art oder ihm gegenüber zu bewirken sind, gelten der 14. und 15. Juli 1931 als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage.

## Bankfeiertage staatlich anerkannt.

Neue Durchführungsverordnung der Reichsregierung. Zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931 hat die Reichsregierung folgende neue Verordnung erlassen:

Die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 festgelegten Bankfeiertage gelten als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage im Sinne der Wechselerordnung und des Scheckgesetzes.

Sind in gerichtlichen, verwaltungsgerichtlichen und verwaltungsbehördlichen Verfahren für die Zahlung von Gebühren, Auslagen oder Vorstrafen oder für den Nachweis einer solchen Zahlung Fristen vorgelesen, in deren Ablauf sich Rechtsnachteile knüpfen, und fällt der letzte Tag der Frist auf einen Bankfeiertag, so endet die Frist nicht vor Ablauf einer Woche nach dem letzten Bankfeiertage.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 14. Juli 1931 in Kraft.

## Rediskont verlängert.

Eine ämtliche Mitteilung der B33.

Berlin, 14. Juli

Entgegen der sonstigen Gewohnheit der B33, um die Ausfertigung des Communiqués nach Schluß der Sitzung noch eine gewisse Wartezeit beantragt, war direkt folgendes Communiqué zur Verteilung bereit:

Der Verwaltungsrat hat von der Darstellung Kenntnis genommen, die der Präsident der Reichsbank, Dr. Luthers, von der Situation in Deutschland und von dem an sich befriedigenden Zustand der deutschen ökonomischen Kräfte und des Reichsbudgets gegeben hat, so daß die ausgedehnte Krise auf die Abzüge der kurzfristigen Kapitalien aus Deutschland zurückzuführen ist."

In Anbetracht des Umstandes, daß sich die deutsche Regierung an die verschiedenen Regierungen wegen finanzieller Unterstützung in ihren entsprechenden Kreisen gewandt hat, erläßt sich der Verwaltungsrat — überzeugt von der Notwendigkeit einer solchen Unterstützung — unter den gegenwärtigen Umständen bereit, an dieser Hilfe mitzuwirken und sie mit allen, den Zentralbanken zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern. In der Zwischenzeit hat der Verwaltungsrat den Präsidenten ermächtigt, in Nebereinstimmung mit den anderen beteiligten Instituten die Beteiligung an dem der Reichsbank kürzlich gewährten Rediskontkredit zu erneuern.

## Eine Erklärung Dr. Luthers.

Reichsbankpräsident Dr. Luthers gab in tiefer Bewegung am Schluß der Sitzung der B33 der ihn umringenden Presse zu verstehen, welchen schweren Kampf Deutschland gegenwärtig führt, der nicht durch eigenes Verschulden hervorgerufen ist, sondern durch fremde Eingriffe von außen, indem seit Mai Deutschland in unerhörter Weise ausföhrlich Gelder abgezogen wurden, wodurch dasselbe natürlich immer weniger in der Lage ist, dem zum Auslande Rohstoffe zu beziehen und Waren einzukaufen.

Ohne eine gesunde und ruhige Entwicklung in Mitteleuropa sei auch eine ebenso gesunde Weiterentwicklung der übrigen Welt nicht zu denken.

Kurz vor seiner Abreise hatte Dr. Luthers nochmals eine Unterredung mit dem Präsidenten der B33, Mac Garrah, die die in der Verwaltungsratsitzung dargelegten Probleme behandelte.

Reichsbankpräsident Dr. Luthers trat aus Dassel kommt in einem Sonderflugzeug auf dem Tempelhofer Flughafen ein.

## Bermehrung der Umlaufmittel?

Kurzeit steht im Vordergrund der Verhandlungen die Sorge um die Ueberbrückung der Umlaufmittellücke. Es stehen verschiedene Projekte, wie dieser Not zu begegnen ist, zur Erörterung. Die größte Aussicht auf Durchführung hat zuerst der Plan, eine gewisse Menge Rentenmarktscheine wieder in den Verkehr zu bringen. Diese Maßnahme hätte eine besondere Deckung haben, und man erwartet, entgegen durch eine Verordnung die Rentenbank zu autorisieren, Rentenmarktscheine gegen Verpfändung von lombardfähigen Effekten im Rahmen des Sombards, der an der Reichsbank zulässig ist, in Umlauf zu bringen, oder auch zu diesem Zweck eine besondere Bank (Sombard-Bank) ins Leben zu rufen.

Der Gefahr einer inflationistischen Wirkung dieser Umlaufmittelerweiterung will man dadurch begegnen, daß die Höhe des zulässigen Umlaufs von vornherein gesetzlich beschränkt bleibt. Man spricht von 600 bis 900 Millionen. Durch Veroppelung der Rentenmark mit der Reichsmark, die man glaubt, ohne Verringerung des Bankguthafes auf dem Berordnungswege schaffen zu können, soll ein Disagio der Rentenmarktscheine vermieden werden.

Andere Projekte gehen dahin, die Umlaufmittel durch Kassenlohn zu erhöhen oder auch Rentenmarktscheine auszugeben, die von vornherein durch Wertempfung eine begrenzte Umlaufzeit haben. Diese letzteren Pläne haben aber, wie bereits angedeutet, gegenüber den ersteren geringere Aussichten auf Durchführung.

## Wellesternrat des Reichstags einberufen.

Präsident Löbe hat den Wellesternrat des Reichstags auf Freitag, den 17. Juli, 11 Uhr vormittags einberufen. Es soll dann über die Anträge der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten auf Reichstagsänderung entschieden werden.

## Was das Ausland sagt.

### Die deutschen Banken in Danzig geschlossen.

In einer Sitzung der Bankiers in den Räumen der Bank von Danzig ist der Beschluß gefaßt worden, für einige Tage sämtliche deutschen Banken in Danzig zu schließen, ähnlich wie im Reich. Auf Grund eines Beschlusses der Bereinigenden Danziger Banken und Bankiers werden vorläufig die Auszahlungen je nach der Höhe der Guthaben auf 10 bzw. 20 % eingeschränkt.

### Polen zeigt Sohn und Schadenfreude.

Daß für die augenblickliche Lage Deutschlands in der politischen Presse nicht nur feinerlei Verdrüßlichkeiten besteht,